

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907**

9.5.1907 (No. 127)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. Mai.

№ 127.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1907.

**Des Christi-Himmelfahrtstages wegen erscheint unser nächstes Blatt am Freitag Abend.**

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 27. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen Major Maximilian von Posed, Adjutanten der General-Inspektion der Kavallerie, das Ritterkreuz erster Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 1. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem königlich schwedischen Leutnant F. Broms, Ordonanzoffizier seiner königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Schweden, das Ritterkreuz zweiter Klasse des höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 30. April d. J. gnädigst geruht, den Direktor des Gymnasiums in Karlsruhe, Geheimrat III. Klasse Dr. Gustav Wendt, auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten und ersprießlichen Dienste und unter Verleihung des Titels als Geheimrat II. Klasse auf den Schluß des laufenden Schuljahres in den Ruhestand zu versetzen und denselben gleichzeitig seiner nebenamtlichen Funktion als ordentliches Mitglied des Oberschulrats zu entheben.

Mit Entschließung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 2. Mai d. J. Nr. 4274 wurde Regierungsbaumeister Emil G. G. in Karlsruhe nach Achern versetzt und mit der Leitung des Bezirksbauinspektionsdienstes daselbst betraut.

Mit Entschließung des Großh. Verwaltungshofs vom 26. April d. J. wurde Finanzassistent Emil Schwickert bei der Heil- und Pflanzanstalt bei Emmendingen als Verwaltungsassistent etatmäßig angestellt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Zum französisch-japanischen Vertrag.

Das Ministerium Clemenceau hat kurz vor dem gestrigen erfolgten Wiederbeginn der parlamentarischen Tagung einen großen diplomatischen Erfolg errungen; Verhandlungen, die eine Sicherung des gegenseitigen Besitzstandes bezwecken, sind zwischen Frankreich und Japan zum Abschluß gekommen. Einzelne Pariser Blätter bezeichnen das Abkommen als ein Seitenstück zu dem englisch-japanischen Vertrage vom 30. Januar 1902. Dieser Vertrag bezog sich auf die Erhaltung des Status quo und des allgemeinen Friedens in Ostasien und auf die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas und verpflichtete jeden der beiden vertragsschließenden Staaten, wenn der andere in einen Krieg verwickelt würde, zur Neutralität, wenn aber eine dritte Macht sich den Feindseligkeiten gegen den Verbündeten anschließt, zu dessen kriegerischer Unterstützung bis zum gemeinsamen Friedensschluß. Darnach hätte beispielsweise England, wenn Frankreich den Russen gegen Japan zu Hilfe gekommen wäre, der Republik den Krieg erklären müssen. Ueber diese Bestimmungen gehen die späteren Abmachungen zwischen beiden Staaten weit hinaus. Der neue Bündnisvertrag ist am 12. August 1905 veröffentlicht worden. Er betrifft insbesondere die Interessen Japans und Englands in Ostasien und Indien. Wird eine dieser Mächte von einer dritten immer angegriffen und zur Verteidigung ihrer Rechte und Interessen in einen Krieg verwickelt, so wird der andere Teil dem Verbündeten sofort zu Hilfe kommen, mit ihm den Krieg gemeinsam führen, sowie im wechselseitigen Einvernehmen Frieden schließen. England erkennt die „Kontrolle“ Japans über Korea an, Japan desgleichen das Recht Englands, alle Maßregeln zum Schutz seiner indischen Besitzungen zu treffen. Nur für den Fall eines russisch-japanischen Krieges, der nicht durch einen Angriff auf Japan veranlaßt ist, wird noch besonders vereinbart, daß England strenge Neutralität wahren, aber

Japan, wenn es von einer anderen Macht angegriffen wird, zu Hilfe kommen soll. Durch den Vertrag vom August 1905 hat England erreicht, daß es bei einem Zusammenstoß mit Rußland auf Japans Hilfe rechnen, auch für andere Fälle eine Verteidigung seines asiatischen Besitzes im Kriege den Japanern überlassen kann. Dadurch wird ein Teil der bisher in Asien verwendeten britischen Seestreitkräfte für anderweitige Verwendung frei. Dagegen wird Japan durch die englischen Zusagen in erheblichem Umfange vor einem Verlusse Rußlands geschützt, die im jüngsten Krieg erlittene Scharte auszuweihen. Wenn jetzt Frankreich ein ähnliches Abkommen mit Japan schließt, so wird auch die Wirkung für die beiden Mächte ähnlich sein. Japans Stellung gewinnt an politischem Ansehen und militärischer Kraft, und Frankreich kann in allen Verwicklungen seines asiatischen Kolonialbesitzes ziemlich sicher sein. Ein solcher Vertrag kann nicht ohne Vorwissen und Zustimmung Englands geschlossen werden. Denn in Artikel 5 des Abkommens vom August 1905 ist ausdrücklich bestimmt, daß keiner der beiden Staaten, ohne den andern zu befragen, in besondere Abmachungen eintreten wird, die den Zielen des Vertrages nachteilig sein könnten; es ist daher selbstverständlich, daß Japan nicht nur die Versicherung abgegeben hat, seine Verhandlungen mit Frankreich seien diesen Zielen nicht nur nicht nachteilig, sondern durchaus förderlich, und England wird dieser Auffassung gern zugestimmt haben, wenn es nicht überhaupt bei den Verhandlungen den Vermittler gespielt hat. Liegt doch das französisch-japanische Abkommen vollkommen in der Richtung, die die englische Politik mit Bündnissen und Ententes seit Jahren verfolgt hat! England unterhält die intimsten Beziehungen zu Japan sowohl wie zu Frankreich; weshalb sollten nicht die Beziehungen zwischen Frankreich und Japan ebenso innig werden? Vielleicht hat der mächtige Aufschwung des Reichs der aufgehenden Sonne jenseits der Bogen mitunter die Besorgnis erregt, seine Nebenbuhlerschaft und sein Latendrang könnten einmal den Franzosen in Konflikt drohlich werden. Am Ende spielte dabei sogar ein letzter Rest von Mißtrauen gegen England mit. Jetzt wird dieses Mißtrauen vollends zerstreut, und Japan wird nicht nur der Freund Frankreichs, sondern der Bürge für seinen Besitzstand. Man liebt es heute, von politischen Einfreibungen zu reden. Es kann nicht fehlen, daß man auch das französisch-japanische Abkommen als ein neues Glied in der Kette gegen Deutschland gerichteter Unternehmungen deuten wird. Mit Recht erinnert die „Post“, an die Worte, die Fürst Hilow jüngst im Reichstage sprach. Man wird mit der nötigen Ruhe und Wachsamkeit beobachten, welche Folgen der neue Vertrag hat. Niemand kann Frankreich und Japan an Verhandlungen hindern, die sich nicht direkt gegen Deutschland richten. „Erhalten wir uns das Vertrauen und die Achtung, die unsere Macht und unsere Friedensliebe einflößen“. Und „wir brauchen nicht ängstlich zu sein, wenn Ententes abgeschlossen werden über Dinge, die uns nicht unmittelbar berühren“. So sprach der Kanzler des Deutschen Reichs, und man wird hierzu auch über das Bündnis zwischen Frankreich und Japan sich nicht zu beunruhigen brauchen.

(Telegramme.)

\* Paris, 8. Mai. Die meisten gestrigen Morgenblätter bezeichnen das französisch-japanische Abkommen günstig und erblicken in ihm einen großen Erfolg. Sie erklären, das Abkommen könne niemand beunruhigen und keinerlei Interessen verletzen, denn es bezwecke in der Tat nur die Aufrechterhaltung des Status quo. Der „Figaro“ schreibt: Die französisch-japanischen Verhandlungen werden von dem außerordentlich friedlichen Grundsatze der Integrität und Unabhängigkeit Chinas geleitet. Die Sicherheit Indochinas ist nunmehr gewährleistet. Die drückenden und gegebenenfalls sehr kostspieligen Sorgen kolonialer Verteidigungsfragen fallen durch die Beseitigung der Gefahr von selbst weg. So wird die französisch-japanische Entente nicht nur für die äußere Politik Frankreichs eine glückliche Wirkung haben, sie wird auch für die koloniale und selbst für die innere Politik nützlich sein, da sie Frankreich ziemlich schwerer finanzieller Anstrengungen enthebt.

\* Paris, 8. Mai. Der hiesige japanische Botschafter, Kurino, befragte einen Mitarbeiter des „Temps“, daß das französisch-japanische Abkommen die Interessen für die Unabhängigkeit und Integrität Chinas, sowie für den Besitzstand der beiden Vertragsmächte erhalte. Es besage den für Japan durch den letzten Krieg geschaffenen territorialen Zustand und die Stellung Frankreichs in Indochina. Der Vertrag sei rein politischer Natur; er enthalte weder ein kommerzielles, noch ein Schiffsfahrtsabkommen. Derselbe werde in zwei bis drei Wochen veröffentlicht werden. Was die jüngsten russisch-japanischen Uebereinkommen anlangt, so bezeichnen dieselben endgültig familiäre Schwierigkeiten zwischen Rußland und Japan.

(Mit einer Beilage.)

\* Paris, 8. Mai. Der japanische Botschafter Kurino erklärte einem Mitarbeiter des „Matin“ auf die Frage, ob Japan geneigt sei, einen dem französisch-japanischen Abkommen ähnlichen Vertrag mit Amerika abzuschließen, folgendes: Die japanische Regierung ist immer bereit, ihre friedlichen Absichten zu beweisen und zum Zeichen, daß es den Wunsch hat, Beziehungen zu den westlichen Mächten zu unterhalten, trotz der letzten Zwischenfälle in San Francisco, hat man in Japan immer wahrhafte Sympathie für das amerikanische Volk empfunden, das das erste gewesen ist, welches die Japaner auf dem Fuße der Gleichheit behandelt hat. Auf die Frage, ob der Botschafter glaube, daß ein dem französisch-japanischen Abkommen ähnliches deutsch-japanisches möglich wäre, antwortete Kurino: Deutschland besitze in Ostasien kein Gebiet wie Frankreich, England und Rußland oder Amerika. Kiautschou sei keine eigentliche Kolonie; es ist ein von China pachtweslich überlassenes Gebiet, deshalb hätte ein Vertrag mit Deutschland, der die Aufrechterhaltung des beiderseitigen Besitzstandes verfolgen sollte, keine Gristenberechtigung.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 7. Mai.

Abg. Gerold (Ztr.) bedauert bei Beratung des Handelsabkommens mit Amerika, daß jetzt wieder nur ein Provisorium vorgelegt wird. In diesem werden Amerika wesentliche Zugeständnisse gemacht, während Deutschland weniger gewährt werde. (Sehr richtig.) Redner beantragt schließlich Ueberweisung des Abkommens an eine 24gliedrige Kommission.

Abg. v. Schwerin-Löwitz (kons.) bedauert, daß es nicht möglich war, für die Landwirtschaft in dem neuen Abkommen bessere Bedingungen zu erzielen. Seine Partei werde in eine wohlwollende Prüfung der Vorlage eintreten und Stimme der Kommissionsberatung zu.

Abg. Kämpf (fr. Sp.) führt aus: Deutschland habe jetzt den ersten Schritt getan, um künftighin zu einem Tarif- oder Reziprozitätsvertrag mit Amerika zu gelangen, und zwar auf freundschaftlichem Wege. Seine Partei wäre auch bereit, ohne Kommissionsberatung der Vorlage zuzustimmen, wenn sie einer solchen auch nicht widersprechen wolle.

Abg. Stresemann (natl.) erklärt, seine Partei mache ihre Haltung von der Kommissionsberatung abhängig; die Zugeständnisse an Amerika seien größer als die Deutschland gemachten. Er beantrage Ueberweisung an eine 24gliedrige Kommission.

Abg. Mollenhuth (Soz.) begrüßt es, daß es zu einem neuen Vertrag mit Amerika gekommen sei, wenngleich die Vorteile dieses Vertrages nicht groß sind. Amerika stehe im Zeichen des Hochschutzes. Seine Partei wünsche, daß mit der Raubpolitik (Unruhe rechts), die bei den Agrarrollen bei uns zum Ausbruche komme, wie in Amerika, dem Hochschutzzoll der Garaus gemacht werde.

Abg. v. Dirksen (Rp.) erklärt, die Kurraffirmation der Freisinnigen und Sozialdemokraten mache seine Partei nicht mit. Sie begrüße, daß das Abkommen nur ein Provisorium sein soll.

Abg. Böhm (Wirtsch. Vgg.) ist besonders erfreut über die Kundgebungsbestimmungen und spricht sich für Kommissionsberatung aus.

Die Vorlage geht alsdann an eine 24gliedrige Kommission. In der fortgesetzten Beratung des Marineetat wird zunächst die Resolution Liebermann v. Sonnenberg betreffend Schaffung von einjährigen Zahnärzten und Marinezahnärzten angenommen.

Konteradmiral Capelle bedauert, daß dem Wunsche des Abgeordneten Spethmann um Errichtung einer Mittelschule in Friedrichsruh nicht nachkommen werden könne. Hierauf wird der Rest des Etats nach den Vorschlägen der Kommission bewilligt.

Der Etat für die Expedition nach Ostasien wird debattelos bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung des dritten Ergänzungsetats (Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals).

Abg. Dieß (Soz.) spricht die Zustimmung seiner Partei zur Verbreiterung des Kanals aus. Es handle sich hier um ein wirtschaftliches Unternehmen, wenn auch die Interessen der Landesverteidigung den ersten Anstoß zu der Vorlage gegeben haben. Wünschenswert wäre eine gute Bezahlung der deutschen Arbeiter beim Kanalbau. Dadurch würde es überflüssig, ausländische Arbeiter ins Land zu ziehen.

Abg. Späthmann (fr. Sp.) erklärt gleichfalls die Zustimmung zum Ergänzungsetat. Erwägenswert wäre aber immerhin noch das Projekt eines Parallelkanals.

Der Ergänzungsetat von 15 Millionen Mark wird sodann ohne weitere Debatte einstimmig genehmigt. Die Wahl des Abg. v. Nächsthofen-Damsdorf (kons.) wird für gültig erklärt. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Debattelos wird in dritter Lesung der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz über die Verleihung öffentlicher Urkunden genehmigt.

Die Uebereinkunft mit Frankreich betr. den Schutz für Werke der Literatur, Kunst und Photographie wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Nach Erledigung weiterer unerheblicher Vorlagen vertagt das Haus auf morgen 1 Uhr.

Tagungsordnung: Etat des Reichshaushaltes, Zölle und Verbrauchssteuer, Südwestafrika.

Schluß gegen 5 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 8. Mai.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Etatsberatung beim Reichshaushalt.

Hierzu liegen zahlreiche Resolutionen vor, unter anderen eine von Graf Kanitz (konj.), betreffend stoffelartige Besteuerung der Mühlen.

Ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag wünscht, diese Resolution von der Tagesordnung abzusetzen und später zu behandeln.

Nach Bemerkungen verschiedener Abgeordneter wird dem Antrag entsprochen.

Abg. Kirisch (Zentr.) wünscht Reform des Servistarifs. Staatssekretär Frhr. von Stengel führt aus: Die Verbündeten Regierungen sind durch Gesetz verpflichtet, eine Vorlage einzubringen, die bis zum Jahre 1908 sich mit einer anderweitigen Regelung des Servistarifs beschäftigt. Die Verbündeten Regierungen werden dieser Verpflichtung rechtzeitig nachkommen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Weim Kapitel „Beitrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg“ bittet Abg. Everling (natl.) um Ablösung des Zuschusses des Thomastiftes Straßburg zur Erhaltung der evangelisch-theologischen Fakultät der reichs-ländischen Universität durch einen Reichszuschuß. Die katholische Fakultät genieße einen Reichszuschuß, die evangelische dagegen müsse von dieser Stiftung erhalten werden.

Gch. Rat Hallek erklärt: Der Zuschuß ist gesetzlich festgelegt. Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beteiligten schweben zur Zeit. Wir wünschen dem Thomastift baldige vollständige Sanierung seiner Finanzen.

Staatssekretär Frhr. von Stengel erklärt: Es handelt sich hier um reine Verwaltungsfragen, die nur die elsass-lothringische Regierung angehen.

Abg. Schrader (fr. Vgg.) meint, es handelt sich hier um ganz abnorme Verhältnisse, da eine deutsche Universität von einer Stiftung lebt, die selbst in bitterer Not ist.

Bei der Beratung der Branntweinsteuer bedauert Abg. Siedem (Soz.), daß die Kommission für die Maischbottichsteuer ihre Arbeiten einfach abgebrochen habe.

Abg. Sped (Zentr.) tritt für die Kommission ein. Bei der Stempelabgabe habe die Kommission die Abgaben von Personensahrfahrten um 14 Millionen (auf 30 380 000 M.) herabgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (konj.) führt aus: Die Jahrlastensteuer hat vollkommen Fiasco gemacht, deshalb hatten wir vor, in einer Resolution die Aufhebung des Artikels 4b des Gesetzes vom 3. Juni 1906, betreffend die Aenderung des Reichsstempelgesetzes, zu verlangen.

Abg. Dove (fr. Vgg.) beschwert sich über die Handhabung des Frachtkundenstempels.

Staatssekretär Frhr. von Stengel erwidert, es liege in der Natur der Sache, daß Gesetze, die in den Verkehr tief eingreifen, in der ersten Zeit vielfache Beschwerden verursachen. In diesem Falle sei eine Beseitigung des Beschwerdeanlasses auf dem Verwaltungswege nicht möglich. Dazu werde eine Aenderung des Gesetzes nötig sein.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika. Graf Compesch (Zentr.) erklärt, seine Partei werde bei dem Kapitel, betreffend Besoldung der Schutztruppen, sich der Zustimmung enthalten.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Ledebour (Soz.) und Kolonialdirektor Dernburg wird die von der Kommission beantragte Resolution, betreffend Zurückziehung der Truppen nach Maßgabe der Veruhigung des Landes, angenommen.

Der Rest des Etats für Südwestafrika wird bewilligt, ebenso der Etat für die Verwaltung der übrigen Kolonien.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Reichsbank, Ergänzungsetat, Petitionen. Schluß halb 4 Uhr.

\* Berlin, 7. Mai. Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß, die Resolutionen betreffend die Trauener, die Zuckerversteuer und die Milchumsatzsteuer in diesem Tagungsabschnitt nicht mehr zur Besprechung gelangen zu lassen, sondern nur noch die Etatsresolutionen. Auch soll eine erste Lesung nicht mehr vorgenommen werden. Am 15. Mai wird voraussichtlich Schluß sein. Man war der Ansicht, daß es angebracht erscheine, sich hinsichtlich der Reden mögliche Beschränkung aufzuerlegen.

\* Berlin, 8. Mai. Die erste Lesung des Militärhinterbliebenengesetzes wurde gestern in der Kommission des Reichstages zu Ende geführt. Im großen und ganzen wurde die Fassung der Regierungsvorlage genehmigt, unter Einfügung der Bestimmungen, nach der die Wirkung des Gesetzes auf die Witwen von Kriegsteilnehmern ausgedehnt wird, deren Ehe bereits zur Zeit des Krieges bestand.

\* Berlin, 8. Mai. In der Budgetkommission des Reichstages befürwortete Gouverneur Lindequist die Gewährung einer vollen Entschädigung und wies dabei auf England hin, das nach dem Burenkrieg für Entschädigungen über 300 Millionen Mark à fonds perdu gegeben habe. Mit 15 Stimmen wurden 5 Millionen für Entschädigungen bewilligt.

\* Berlin, 8. Mai. Dem Reichstag ging eine Vorlage über die 3/4prozentige Zollerhöhung der Türkei und das Weichholz über die Vorgehensweise der Zollerhöhung zu.

\* Montjoie, 8. Mai. Nach amtlicher Feststellung wurde bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Aachen I (Schleiden-Malmedy-Montjoie) Regierungsrat Ferber - Düsseldorf (Ztr.) mit 10 487 von 15 703 abgegebenen Stimmen gewählt.

## Von den Kolonien.

(Telegramme.)

\* Berlin, 7. Mai. Ueber verschiedene, zwischen dem Gouvernement von Südwestafrika und der Kapregierung strittige Fragen hat, wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, in London eine freundschaftliche Aussprache zwischen dem Gouverneur von Südwestafrika, Herrn v. Lindequist, dem Premierminister Dr. Jamieson und dem Eisenbahnminister Dr. Smart aus Kapstadt stattgefunden. Ihr Ergebnis beruht auf der Hoffnung, daß künftighin durch Verhandlung von Gouvernement zu Gouvernement eine Verständigung über

etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten erzielt werden wird.

\* Madrid, 7. Mai. Eine Note des Ministeriums des Aeußern stellt fest: Bei der Bestrafung einer Unboheimigkeit des Stammes der Esnangor, von denen ein Teil in Spanisch-Guinea wohnt, ergab sich für die Behörden von Kamerun die Notwendigkeit, ihre Truppen den Grenzfluß Campo überschreiten zu lassen. Die Begehung einer spanischen Fahne, die dabei vorgekommen sein soll, ist unmöglich, da in dem fraglichen Gebiet niemals spanische Fahnen verteilt worden sind.

## Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

\* Berlin, 7. Mai. Den Abendblättern zufolge stellte der Oberbürgermeister Kirchner seine Vermittlungstätigkeit bei den Lohnstreitigkeiten der Bäcker ein.

\* Newport, 7. Mai. In der Nähe des Kais der White Star-Linie betrieben etwa 150 Ausständige gegen 40 Nichtorganisierte, die sich dem Kai näherten. Eine teilweise Lahmlegung des transatlantischen Schiffsverkehrs scheint bevorzustehen, von der alle Gesellschaften mit Personen- und Postdampferverkehr nach Europa in Mitleidenschaft gezogen werden.

## Aus der französischen Kammer.

(Telegramme.)

\* Paris, 7. Mai. Deputiertenkammer. Das Haus bespricht die Interpellation über die Syndikate der Beamten und über die allgemeine Politik. Blanc (Soz.) tritt für das Jurechtbestehen des Lehrersyndikats ein. Boullin (Republikaner) wirft der Regierung vor, daß es ihrer Politik an innerem Zusammenhang fehle, und daß sie in den sozialen Reformen keinen Fortschritt erreicht habe. Gauthier (Nationalist) erklärt, die Regierung habe noch nichts getan. Auf das Thema der nationalen Verteidigung übergehend, sagt er: Während Sie den General Vailloud bestraft haben, hat der preussische Kriegsminister auf die Eventualität eines deutsch-französischen Krieges angepielt, um Geldmittel bewilligt zu erhalten. Ministerpräsident Clemenceau bemerkt hierzu, General von Einem sei als Minister hierzu berechtigt gewesen. Gauthier, fortfahrend, äußert, er glaube nicht, daß Frankreich im Falle eines deutsch-englischen Konflikts neutral bleiben könne, sondern auf dem Schlachtfeld noch seinen Mann stehen werde. Trotzdem dürfe man bezüglich des Antimilitarismus nicht zu optimistisch sein. Kriegsminister Ricquart unterbricht den Redner mit den Worten, es sei noch nichts davon in das Heer gedrungen. (Anruhe.) Gauthier erwidert, die Tatsachen seien zahlreich genug vorhanden, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Redner schließt, die Regierung müsse einen energischen Entschluß gegen die Revolutionäre fassen. Ruzier (Soz.) wirft der Regierung die Entlassung von Beamten vor, die sich an der Syndikatsbewegung beteiligt hätten. Vuissou (radikaler Sozialist) gibt einen geschichtlichen Überblick über die Syndikate der Lehrer. Minister der öffentlichen Arbeiten, Dartbou, wendet sich entschieden gegen die Stellungnahme des Vorredners, daß das Recht der Syndikatsbildung auf die Staatsbeamten ausgedehnt sei. Vuissou (rad. Soz.) verteidigt den Lehrer Negre. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

\* Paris, 7. Mai. Gegen Schluß der Kammerführung kam es zwischen dem Unterstaatssekretär der Posten und Telegraphen und Jaurès sowie Presse für ein lebhaftes Wortwechsel wegen der Entlassung von Briefträgern. Presse für warf dem Kabinett Infamie vor. Jaurès und Presse für erklärten, die Kammer müsse sich darüber ausdrücken, ob sie das Vorgehen der Regierung billige.

## Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

\* London, 7. Mai. Unterhaus. Bei dicht besetztem Hause erhebt sich der Chefsekretär für Irland, Birrell, um die Vorlage zur Errichtung eines Administrativrates für Irland einzubringen. In seiner Rede führt Birrell aus, niemand glaube, daß das gegenwärtige System der Verwaltung Irlands gesund, vernünftig oder wirtschaftlich sei. Kein Pulsschlag des irischen Lebens sei in ihm zu spüren. Die Vorlage bestimme, daß 8 der Verwaltungsdepartements, darunter die der Lokalverwaltung, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten, des Unterrichts, aber nicht das der Gendarmenverwaltung unter die Kontrolle eines repräsentativen Administrativrates gestellt werden solle, der aus 82 gewählten und 24 ernannten Mitgliedern bestehen solle. Der Rat solle die Kontrolle der Verwaltung der 8 bezeichneten Departements durch Resolutionen ausüben, und die Oberhoheit des Reichsparlamentes soll dadurch gewahrt bleiben, daß dem Vizekönig die Befugnis erteilt wird, für jede in dem Rate gefasste Resolution den Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung zu machen. Was die Finanzverwaltung angehe, so solle ein unter der Kontrolle des Administrativrates stehender irischer Fonds begründet werden und in diesem die bereits bisher für den Dienst der 8 Verwaltungsdepartements überwiesenen Summen eingezahlt, außerdem aber noch 650 000 Pfund Sterling jährlich mehr bewilligt werden. Von diesen sollen 300 000 Pfund für öffentliche Arbeiten und Förderung der Landeskultur verwendet werden. — Nach der mehr als 1 1/2stündigen Rede des Chefsekretärs führt Balfour (konj.) aus, eine verkehrtere Art, die Lokalverwaltung von Irland zu ordnen, sei niemals eronnen worden. Der gesamte Plan werde unabwendbar zusammenbrechen. Er befriedige weder die öffentliche Meinung in England, noch in Schottland und noch weniger in Irland. Die Vorlage würde die Verwaltung von Irland in einen chaotischen Zustand versetzen. Redmond sagte, die Nationalisten würden die Verantwortung für Gegenmaßnahmen zur Beseitigung des Somersule ablehnen. Nach längerer Debatte, die sich gegen Schluß sehr erregt gestaltete, wurde die erste Lesung der Vorlage mit 414 gegen 121 Stimmen angenommen.

\* London, 7. März. Oberhaus. Nach Besprechung der Reformvorlage wird der Abänderungsvorschlag von Lord Crewe mit 198 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Darauf wird der Vorschlag von Earl of Cavdor angenommen. Lord Newton zog die von ihm eingebrachte Vorlage, betreffend die Reform des Oberhauses, zurück. Im Verlaufe der Debatte beklagte sich Lord Rosebery darüber, daß die Regierung zögere, ihre Absichten bezüglich des Oberhauses bekannt zu geben. Premierminister Campbell-Bannerman habe am 21. Dezember 1906 erklärt, es müsse ein Weg gefunden werden, um dem Willen des Volkes den Ausschlag geben zu lassen, aber Monate seien verstrichen ohne jede Erklärung. Die Vorschläge der Regierung mit Bezug auf das Oberhaus könnten nicht berührt werden, ohne die Zustimmung des Oberhauses selbst, es sei denn durch eine Revolution. Um das englische Volk gegen

das Oberhaus aufzuklären, würden diesen verschiedene Maßnahmen aufgebracht. Er richte das dringende Ersuchen an das Haus, sich ohne politische Voreingenommenheit der Beratung der Reformfrage zu widmen.

## Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 8. Mai.

Seine Majestät der Kaiser unternahm heute vormittag einen längeren Spaziergang im Botanengarten. Von 11 Uhr an bis halb 1 Uhr hielt Geheimrat Professor Dr. Engler von der Technischen Hochschule im Schlosse einen Vortrag über „Schlagende Wetter“, zu dem Seine Majestät der Kaiser, Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin, der Erbgroßherzog, die Erbgroßherzogin und Prinz Wilhelm von Schweden erschienen. Außerdem waren die Gefolge Seiner Majestät des Kaisers, Ihrer Königlichen Hoheiten der Kronprinzessin und des Prinzen Wilhelm von Schweden sowie einige Damen und Herren des Hofstaates anwesend.

Um 1 Uhr begaben sich Seine Majestät der Kaiser, Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und Prinz Wilhelm von Schweden in das Erbgroßherzogliche Palais zur Familientafel bei den Erbgroßherzoglichen Herrschaften. Im Schlosse fand Marschalltafel statt.

Nachmittags 2 1/2 Uhr verabschiedete sich Seine Majestät der Kaiser von den Höchsten Herrschaften in herzlichster Weise und reiste im Automobil über Speyer nach Wiesbaden ab.

Ihre Königlichen Hoheiten die Großherzogin und die Erbgroßherzogin besuchten um 5 Uhr das Konzert zugunsten des Kinderhilfsstags im Museum.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des Nachmittags die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Sepb.

\*\* Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat April 1907 536 Rentengesuche (34 Alters- und 502 Invaliden- bzw. Krankentagesgelder) eingereicht und 400 Renten (28+350+22) bewilligt worden. Es wurden 43 Gesuche (3+40) abgelehnt, 525 (18+507) hiebei unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren — Alters-, 5 Invaliden- und 1 Krankentagen zuerkannt. Bis Ende April 1907 sind im ganzen 56 855 Renten (10 014 Alters-, 45 024 Invaliden- und 1817 Krankentagen) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Wegfall: 30 206 (7210+21 446+1550), so daß auf 1. Mai 1907: 26 649 Rententagesgelder vorhanden sind (2804 Alters-, 23 578 Invaliden- und 267 Krankentagen). Verglichen mit dem 1. April 1907 hat sich die Zahl der Rententagesgelder vermehrt um 12 (—20 Alters-, +38 Invaliden- und —6 Krankentagen). Die Rententagesgelder betragen im Gesamtjahresbetrage von 3 869 660,93 M. (mehr seit 1. April 1907 4402,14 M.). Der Jahresbetrag für die im Monat April bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 28 Altersrenten auf 4470 M., 355 Invalidenrenten auf 57 526,40 M., 23 Krankentagen auf 3907,20 M., somit Durchschnitt für eine Altersrente 159,64 M., für eine Invalidenrente 161,48 M., für eine Krankenrente 169,87 M. Für sämtliche bis 1. Januar 1907 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 137,97 M., einer Invalidenrente 145,45 M., einer Krankenrente 156,93 M. Beitragserstattungen wurden im Monat April 1907 angewiesen infolge Heirat weiblicher Versicherten in 322 Fällen 13 463 M., infolge Todes versicherter Personen in 82 Fällen 7225 M., infolge Unfall versicherter Personen in 1 Falle 75 M.

(Personalnachrichten aus dem Ober-Polizeidirektionsbezirk Karlsruhe.) Angenommen als Telegraphen-Hilfsmechaniker: Wilhelm Sander in Karlsruhe. Statmäßig ange stellt: als Postassistenten die Postassistenten Hermann Wellig aus Karlsruhe in Mannheim, August Schandelmair aus Worms in Mannheim; die Postassistenten Johann Wirmweter, Arthur Lehmann in Forstheim, August Schmidt in Tauberbischofsheim; als Telegraphen-Hilfsmechaniker der Telegraphen-Hilfsmechaniker Otto Seeger in Mannheim; als Telegraphen-Hilfsmechaniker die Telegraphen-Hilfsmechanikerin Emma Meier in Baden-Baden.

Verst. die Postassistenten Karl Waldau von Mannheim nach Ringolsheim, Karl Vansbach von Sedach nach Mannheim, Franz Eder von Heilberg nach Erbstal, Heinrich Flachsenber von Freudenberg nach Forstheim, Wilhelm Lang von Mannheim nach Forstheim, Adolf Lühov von Forstheim nach Mannheim, Johann Meher von Bruchsal nach Karlsruhe, Jakob Silber von Tauberbischofsheim nach Wertheim, Heinrich Weihenberger in Au (Main) nach Mannheim.

(Verein Volkshilfe.) Zu dem am Dienstag den 14. Mai, abends 8 Uhr, in der Festhalle stattfindenden Kaim-Orchester-Konzert wurden den Mitgliedern des Vereins von der Musikalienhandlung Hans Schmidt Karten zu dem ermäßigten Preise von 50 Pf. zur Verfügung gestellt. Die Karten sind in der Geschäftsstelle Karlsruherstraße Nr. 14 erhältlich.

(Das Waldfest der Buchdrucker) findet morgen, Donnerstag (Himmelfahrtstag), im Hartwald, Schützenhaus-Allee, beim Seilerhäuschen (links der Schützenhaus-Allee), statt. Neben Gambrinus wird dort nach den Klängen einer unserer besten Musikkapellen auch der Göttin Terpsichore ihr Tribut gezollt; Spiele verschiedener Art werden für Unterhaltung sorgen.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern mittag wurde in der Kaiserallee ein zwei Jahre altes Mädchen von einem zwispännigen Mollfuhrwerk überfahren. Das Kind erlitt Verletzungen am Kopf und an den Beinen, die glücklicherweise nicht lebensgefährlich sind. Es wurde ins Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus verbracht.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. In Mannheim fiel beim Spielen am Ufer des Indusriefens der 4 1/2 Jahre alte Sohn des Fabrikarbeiters Lewitz in das Wasser und ertrank. — Der Zinsfuß der Sparkasse in Wilsingen wurde von 3 1/2 auf 4 Prozent erhöht. — In Ueberlingen findet am 2. Juni eine Zusammenkunft der Redakteure des Bodenseegebietes statt, wozu auch der Züricher und Basler Presse- und Journalistenverein ihr Erscheinen in Aussicht gestellt haben. — In Ortenberg wird seit einigen Tagen der Schneidemeister Gehring vermisst.

Das Pressefest der Mannheimer Jubiläumsausstellung.

Mannheim, 8. Mai.

Wie schon kurz berichtet, begannen die Veranstaltungen zu Ehren der von der Stadtgemeinde geladenen Vertreter der Presse am Montag mit der glänzend ausgestatteten Aufführung der „Mäurer“ im Hof- und Nationaltheater, wo Schillers kraftvolles Jugendwerk zum erstenmal das Publikum begeistert und ergriffen hat.

Namens der Gäste erwiderte auf die Begrüßungsansprache Chefredakteur Dieß-Stuttgart. Herr Walde und Dr. Max Kaufmann erfreuten durch poetische Ansprachen. Die Dichtung Herr Kaufmanns war den anwesenden Damen gewidmet, unter denen sich auch mehrere Kolleginnen von der Feder befanden.

Der geistige Haupttag des Pressefestes begann mit einer Besichtigung der reichhaltigen Kunstausstellung. Um 9 Uhr morgens versammelte man sich in dem hellen prunkvoll ausgestatteten Oberlichtsaal des Kunstgebäudes.

Die Ergebnisse der Schlacht und Fleischschau für das Großherzogtum Baden im ersten Vierteljahr 1907. St. L. A. Nach den von den Tierärzten und Fleischschauern eingehenden Berichtskarten über die vorgenommene Schlachtvieh- und Fleischschau wurden im ersten Vierteljahr 1907 in Baden im ganzen 190 688 Tiere geschlachtet gegen 177 711 im gleichen Zeitraum des Jahres 1906, und zwar entfielen von den vorgenommene Schlachtungen mithin

ders interessierte. Sieger wurde Leutnant Graf v. Wrede mit seiner Stute „Liebschaft“. Die Herren, die das Rennen nicht beendeten, widmeten die rasch entschwindenden Nachmittagsstunden der Besichtigung einzelner Teile der so überaus viel bietenden Ausstellung.

Gegen 1/2 Uhr begann in der Wandelhalle des Rosengartens das Festmahl, zu dem die Stadtgemeinde die Presse geladen. Oberbürgermeister Ved, die Bürgermeister Ritter und v. Hollander, Generalkonsul Reiß, mehrere Stadträte und Stadtverordnete vertraten die Stadt.

Die Ergebnisse der Schlacht und Fleischschau für das Großherzogtum Baden im ersten Vierteljahr 1907. St. L. A. Nach den von den Tierärzten und Fleischschauern eingehenden Berichtskarten über die vorgenommene Schlachtvieh- und Fleischschau wurden im ersten Vierteljahr 1907 in Baden im ganzen 190 688 Tiere geschlachtet gegen 177 711 im gleichen Zeitraum des Jahres 1906, und zwar entfielen von den vorgenommene Schlachtungen mithin

Table with 5 columns: auf, 1907, 1906, Zu (+) oder Abnahme (-). Rows include: Ochsen, Ferkel, Kühe, Jungkinder, Zusammen Großvieh, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen.

Niemals hat die Zahl der Schlachtungen bei allen Gattungen des Rindviehs und bei den Schafen zum Teil nicht unerheblich abgenommen, während die Zahl der geschlachteten Schweine und Ziegen eine bedeutende Steigerung erfahren hat; die Zunahme beträgt bei den Schweinen 25,5 und bei den Ziegen 21,5 Prozent.

Außer den vorstehend verzeichneten Tieren wurden im ersten Vierteljahr 1907 noch 515 Pferde geschlachtet gegen 658 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Mai. Der Bundesrat stimmte in seiner Sitzung vom 6. Mai der Zusatzvereinbarung zum Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei vom 26. August 1890 zu.

München, 8. Mai. In dem Schreiben des Erzbischofs von Bamberg, Dr. v. Albert, das dieser an den Kardinal Grandinier in Nordbahrn richtete, spricht der Erzbischof, dem „Fr. Kurier“ zufolge, mit Bezug auf die liberale Kandidatur Grandingers aus, er fühle sich vom religiösen und seelsügerischen Standpunkte aus verpflichtet, ihm zu erklären, daß es ihm zwar fern liege, sich in Fragen rein politischer Natur einzumengen und die seiner speziellen Aufsicht unterstehenden Geistlichen im Gebrauche ihrer staatsbürgerlichen Rechte irgendwie zu beeinträchtigen, doch halte er es für unbillig, daß ein katholischer Priester sich als Abgeordneter der liberalen Partei anstelle und einfüge, ohne in weiten Kreisen des katholischen Volkes Anstoß und Argerniß zu erregen.

Graz, 8. Mai. In einer Wählerversammlung des zweiten Bezirks entwickelte der Eisenbahnminister Dr. von Derschatta sein sozialpolitisches Programm und trat für die Notwendigkeit der Einigung aller freiheitlichen deutschen Parteien ein.

Orleans, 8. Mai. Die Jeanne d'Arc-Festfeier nahm gestern Abend unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung ihren Anfang. Ein großer militärischer Zug bewegte sich durch die Stadt vor das Rathaus, wo die feierliche Hebergabe der Standarte der Jungfrau von Orleans an die Truppen durch die Gemeindevertretung erfolgte.

Brüssel, 7. Mai. Deputiertenkammer. Der heutigen ersten Sitzung der Session wohnten die neuen Minister bei. Die Sitzung ist sehr erregt und nimmt einen stürmischen Charakter an bei der Besprechung der Interpellation Furnemont, in der Aufklärung darüber verlangt wird, warum der

Präsident und das Bureau der Kammer den Berggesetzentwurf während einer ganzen Sitzung haben diskutieren lassen, nachdem derselbe doch schon tags zuvor zurückgezogen gewesen sei. Der Präsident erklärt hierauf, daß alles ordnungsmäßig zugegangen sei. Da eine weitere Diskussion durch den wüsten Lärm unmöglich ist, scheidet der Präsident genötigt, die Sitzung aufzuheben.

Kopenhagen, 8. Mai. Gestern nachmittag sind 22 russische Sozialdemokraten von Ebbjerg nach Partstone in England abgereist; 150 kamen am Abend hier an und werden heute nach Partstone weiterreisen.

Christiania, 8. Mai. Die Militärkommission des Stortings beantragte die Bewilligung von 1100 000 Kronen für ein Unterseeboot.

London, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung der Kolonialkonferenz wurde eine Resolution der Regierung angenommen, in der anerkannt wird, daß die Förderung des Handelsverkehrs innerhalb des Reiches am besten gesichert wird, indem jedem Reichsteil die Freiheit seines vollenpolitischen Verhaltens gelassen wird.

London, 8. Mai. Seine Majestät der Königin gab am 7. Mai im Buckinghampalast ein Banquet zu Ehren des Prinzen Fushimi. Der König sagte in seinem Toast: Er trinke auf die Gesundheit seines Verbündeten, des Kaisers von Japan.

Athen, 8. Mai. Die Königin von England und Prinzessin Viktoria sind gestern hier eingetroffen.

Suito, 7. Mai. Die Regierung von Ecuador erhob gegen die zwischen Brasilien und Columbia vereinbarte Grenzfestsetzung, als die Interessen Ecuadors schädigend, Einspruch.

Verschiedenes.

Stuttgart, 7. Mai. Der frühere langjährige Vorstand der Bauabteilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Präsident v. Schlierholz, früherer Landtagsabgeordneter für Tettnang, ist im Alter von 89 Jahren gestorben.

Doulens (Dep. Somme), 7. Mai. Die Lagerhäuser der Firma Saint Freres, die ungefähr 3000 qm bedecken, wurden durch ein Großfeuer heimgesucht, das etwa 25 000 Doppelzentner Gute im Werte von rund 2 Millionen Franken vernichtete.

Konstantinopel, 8. Mai. Die Pest in Dscheddah ist stationär. Vom 22. bis 28. April sind 10 Pestfälle vorgekommen, wovon 9 tödlich verlaufen sind. Auf der Quarantäneinsel Amaran hat sich seit 24. April kein Pestfall ereignet.

Newyork, 7. Mai. Aus Mount Pleasant in Texas wird gemeldet, daß gestern durch einen Zyklon im nördlichen Texas schwerer Schaden angerichtet worden ist. Viele Menschen sind umgekommen. Einzelheiten fehlen noch.

Charleston (Südkarolina), 8. Mai. Gestern begann hier das fünfte deutsche nationale Bundesjubiläumfest. Der Konjul Böffel überbrachte einen Gruß des Kaisers und den goldenen Schützenadler als Geschenk des Kaisers.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 2. Mai. Abt. C. 59. Ab. Vorst. „Faust“, Tragödie von Goethe. Zweiter Teil. Dritter Abend in 5 Aufzügen. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 10. Mai. Abt. A. 59. Ab. Vorst. „Des Meeres und der Liebe Wellen“, Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd.

Die Luftdruckverteilung hat seit gestern eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Ueber dem Binnenland hat sich ein barometrisches Maximum entwickelt und in seinem Bereich hat es aufgeklart. Eine Depression lagert auf dem Ocean westlich von Irland; von da aus entsetzt sie einen Ausläufer über Südschweden hinweg bis nach Polen; ein zweites Maximum befindet sich über Nordosteuropa. Das rasche Fallen des Ortsbarometers deutet darauf hin, daß die Depression ihre Herrschaft ostwärts ausdehnt; es ist deshalb vorerst noch heiteres, trodenes und warmes Wetter, dann aber ist ein Umschlag zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

Lugano wolkenlos 12 Grad; Biarritz wolfig 15 Grad; Nizza heiter 15 Grad; Triest wolkenlos 18 Grad; Florenz wolkenlos 18 Grad; Rom wolkenlos 14 Grad; Cagliari heiter 15 Grad; Brindisi bedeckt 17 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Mai, Barom., Therm., Abol., Feuchtigk., Wind, Himmel. Rows for 7. Nachts, 8 Morgs., 8 Mittags.

Höchste Temperatur am 7. Mai: 17.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.5.

Niederschlagsmenge des 7. Mai: 0.6 mm. Wasserstand des Rheins am 8. Mai, früh: Schusterinsel 2.87 m, gefallen 3 cm; Kehl 3.39 m, gefallen 5 cm; Maxau 5.10 m, gefallen 1 cm; Mannheim 5.06 m, gefallen 1.4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

G. SCHMIDT-STAU B KARLSRUHE ECHT SILBERNE BESTECKE in bekannt feiner Ausführung zu billigsten Preisen.

Todtmoos. 841 m ü. M. Bad. Schwarzwald, Bahnstat. Wehr. Höhenluftkurort I. Ranges Lousenbad. Geschützte Lage, waldumkränzte Hochtäler. Hotels, Pensionen, Privatzimmer. Ausk. u. Prosp. gratis d. d. Kurverein Todtmoos E.V. 3.67.

Kurhaus Gertelbach. Pension. — Grosse Lokalitäten für Vereine. — Diner von Mk. 1.50 an. — Bekannt gute Küche und Keller. — Klavier. — Telephon. — Station Bahl-Obertal. 3256.51 E. Trefzger, Küchenchef.

Gestern Abend um 9 Uhr verschied sanft in ihrem 90. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Grossmutter und Urgrossmutter

## Ida von Brauer

geb. Dill

Karlsruhe, Hannover, den 8. Mai 1907.

- Arthur von Brauer**  
Grosshofmeister, Staatsminister a. D.
- Lina Götz von Olenhusen**  
geb. von Brauer.
- Karola von Brauer**  
geb. Freilin von Holzling-Berstedt.
- Bernhard Götz von Olenhusen**  
Königl. Kammerherr, Major a. D.
- Irma Freilin Reichlin von Meldegg**  
Königl. Rittmeister und Lehrer am Militär-Reit-Institut.
- Bernhard Frhr. Reichlin von Meldegg**  
geb. Gräfin Eckbrecht von Dürkheim-Montmartin.
- Frieda Freifrau Reichlin von Meldegg**  
geb. Gräfin Eckbrecht von Dürkheim-Montmartin.
- Eise Götz von Olenhusen.**
- Bodo Götz von Olenhusen**  
Leutnant im 2. Hannov. Dragoner-Rgt. Nr. 16.
- Joachim Götz von Olenhusen**  
Leutnant im Füsilier-Rgt. General-Feldmarschall Prinz Albrecht von Preussen  
und zwei Urenkel.

3.257

## Bekanntmachung.

Die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung betr.

Nach dem Reichsgesetz vom 25. März 1907 und der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 1. Mai d. J. ist am 12. Juni d. J. eine Berufs- und Betriebszählung vorzunehmen. Diese Zählung hat den Zweck, der Verwaltung und der Wissenschaft neue und zuverlässige Nachrichten über die Zusammenlegung der Bevölkerung des Deutschen Reiches nach dem Beruf, sowie über die Zahl und Größe der land- und forstwirtschaftlichen und der gewerblichen Betriebe zu verschaffen. Auch für die Stadtverwaltung bildet die Kenntnis der Zusammenlegung ihrer Bevölkerung eine wichtige Grundlage ihrer Maßnahmen.

Zur Bewältigung der Zählarbeit bedürfen wir der Mitwirkung von etwa 850 Zählern und einer größeren Anzahl von Erfahrmännern. Nach der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 1. Mai d. J. sind, wenn irgend möglich, freiwillige, d. h. ehrenamtliche Zähler zu gewinnen. Wir haben bei Bildung der Zählbezirke, die in gewerblichen Straßen höchstens 30, in den übrigen Straßen höchstens 40 Haushaltungen umfassen, darauf Bedacht genommen, daß die Zähler durch diese freiwillige Tätigkeit nicht zu sehr belastet werden. Selbstverständlich sind wir auch gerne bereit, etwaigen Wünschen der sich meldenden Zähler in der Zuteilung der Zählbezirke, sowie irgend tünlich zu entsprechen. Die Aufgabe des Zählers besteht darin, die Zählungsformulare in der Zeit zwischen dem 6. und 8. Juni an die Haushaltungsvorstände des ihm zugewiesenen Bezirkes auszuteilen und in der Zeit von Nachmittag des 12. Juni bis zum 15. Juni wieder einzusammeln, auf ihre richtige Ausfüllung hin zu prüfen, nötigenfalls ergänzen und berichtigen zu lassen.

Wir richten an alle Einwohner, die in der Lage sind, das Amt eines Zählers zu übernehmen, und zwar auch an die Damen, die freundliche Bitte, sich als ehrenamtliche und freiwillige Zähler zur Verfügung zu stellen.

Zugleich eruchen wir die Herren Prinzipale, ihren Angestellten, die sich anmelden wollen, die für die Zählarbeit erforderliche kurze Zeit dienstfrei zu geben.

Jene Personen, die bereit sind, das Amt als freiwillige Zähler zu übernehmen, werden freundlichst gebeten, sich spätestens bis zum 18. Mai mündlich oder schriftlich beim statistischen Amt der Stadt, Rathaus 3. Stock, Zimmer Nr. 85, anzumelden. 3.204.2.1  
Karlsruhe, den 3. Mai 1907.

Der Stadtrat:  
Siegst. Int.

## Thürmer-Pianos

gehören in mittlerer Preislage zu den besten und schönsten Klavieren.

Alleinige Vertretung:

## LUDWIG SCHWEISGUT

Hoflieferant Karlsruhe Erbprinzenstr. 4  
6.972.9.9

## Johannes Gerhardt

Jalousien- und Rolladenfabrik  
Pforzheim Kronprinzenstr. 5  
Telephon 963 empfiehlt sich zur Anfertigung von 6.670.13.7

## Jalousien

in der neuesten, bedeutend verbesserten Konstruktion mit selbsttätiger, geräuschloser Stellvorrichtung und ca. 10 cm weniger Lichtversperrung, daher jedem andern Fabrikat vorzuziehen. Aeltere Jalousien jeder Art können mit dieser Neuerung mit geringen Kosten versehen werden. Auch in Holz- und Stahlblech-Rolladen empfehle mich bestens bei massigen Preisen.

## Schwarzwald-Sanatorium Hirsau (Württ.)

für Epileptische und Schwachsinnige.

Prospekte frei durch den Besitzer und leitenden Arzt  
Dr. med. Bösenberg

Jugenheim a. d. Bergstr.

## Villa Tannenhof.

Haushaltungspensionat u. staatl. konz. Privatschule in herrl. ges. Lage, bietet jg. Mädchen gründl. Ausbildung b. vorz. Verpflegung u. angen. Familien. Ia. Refer. Prospekte d. d. Vorsteherin 6.130.15.10 Emmy Schmitt.

**Handschuhe Krawatten Gürtel Schirme**  
anerkannt vorzügliche Qualitäten empfehlen  
**LUDWIG OEHL**  
Nachfolger  
**KARLSRUHE i. B.**  
Kaiserstr. 112  
3.198.6.1

## Fahrrad-Reparatur-Werkstätte

**P. Oberhardt**  
Amalienstr. 18. Telephon 1304  
empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zur gründlichen Reinigung und Instandsetzung bester Gelegenheit. — Erneuerung, Verwickelung. — Neue Pneumatik und Zubehörteile allerbillig. — Freilauf-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt. 6.245.15.11

Auf 15. d. M. ist hier eine Schreibgehilfenstelle mit 600 M. Gehalt zu besetzen. Geeignete Bewerber (Mittelschüler, Aktuar, Inzipienten) wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen alsbald zu melden. 3.236.  
Pforzheim, den 5. Mai 1907.  
Großh. Amtsgericht.

Bürgerliche Rechtsstreite.  
Öffentliche Zustellung einer Klage. 3.232.2.1. Nr. 9168. Karlsruhe. Die Ehefrau des Hermann Kaufmann, Mathilde geb. Weil zu Bruchsal — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Drostschid in Bruchsal — klagt gegen ihren Ehemann, früher zu Bruchsal, jetzt an unbekanntem Ort, unter der Behauptung, daß derselbe durch seinen leichtsinnigen und unethischen Lebenswandel die Förtzung des ehelichen Lebens herbeigeführt und die Ehe gebrochen habe, mit dem Antrage auf Scheidung der am 11. Mai 1904 zu Sulzburg geschlossenen Ehe.  
Die Klagerin läßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf  
Donnerstag den 27. Juni 1907, vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Karlsruhe, den 4. Mai 1907.  
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage. 3.253. 2.1. Nr. 12 872. Mannheim. Der Kaufmann Alexander Noelle in Säckingen, alleiniger Inhaber der Firma Joh. Noelle in Säckingen, klagt — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Georg Selb und Dr. Emil Selb in Mannheim — klagt gegen den Wagner Ludwig Thurecht, früher zu Mannheim, jetzt an unbekanntem Ort, unter der Behauptung, daß der Beklagte ausweislich des Grundbuchs der Stadt Mannheim Band 10, Seite 24, dritte Abteilung Nr. 11, aus Grundstückskauf, wobei er eine zugunsten des Klägers auf den Grundst. Lgh.-Nr. 180g, Adenstraße Nr. 23 dahier, eingetragene Hypothek an Zahlungsstatt übernommen hat, an Jinsen für die Zeit vom 1. April 1904 ab, also 2 1/2 Jahre abzüglich per 1. Oktober 1900 bezahlter 300 M., den Betrag von 1098 M. 63 Pf. schulde, mit dem Antrage, der beklagte Teil sei schuldig, an den Klagen Teil den Betrag von 1098 M. 63 Pf. (4 1/2 Proz. Zinsrest per 1. Januar 1906), a. als persönlicher

Schuldner, b. auf Grund der Hypothek im Grundbuch dahier, Band 10, Seite 24, Abteilung III Nr. 11, aus der Liegenschaft dahier, Lgh.-Nr. 180g, Adenstraße Nr. 23 in Mannheim, zu bezahlen.  
Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf  
Freitag den 28. Juni 1907, vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Mannheim, den 3. Mai 1907.  
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

## Zwangsvollstreckung.

3.254.2.1. Nr. 3869 II. Konstanz. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Dettingen belegene, im Grundbuch von Dettingen zur Zeit der Eintragung des Verpfändungsvermerkes auf den Namen des Schreiners Peter Reih in Dettingen eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am  
Freitag den 21. Juni 1907, nachmittags 3 Uhr,  
durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Dettingen verpfändert werden.  
Beschreibung des zu verpfändenden Grundstücks:  
Grundbuch Dettingen Band I, Seite 13, B.-B. I Nr. 1:

Lgh.-Nr. 73a:  
2 a 80 qm Hofreite.  
5 a 14 qm Hausgarten  
auf 7 a 94 qm.  
Auf der Hofreite steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkeneller, Scheuer, Stallung unter einem Dach mit Schweinefalten, und Stallanbau nebst freistehendem Materialschopf, cf. Nr. 74 bis 75, geschätzt auf 10 000 M. Konstanz, den 2. Mai 1907.  
Großh. Notariat II  
als Vollstreckungsgericht.

## Vermischte Bekanntmachungen.

**Vergebung v. Gleisarbeiten im Bahnhof Radolfzell.**  
Die Arbeiten zum Bau von beil. 7100 lfd. m Gleis sollen im Wege des öffentlichen Angebotes und nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 vergeben werden. 3.224.  
Bedingungen und Angebotsformulare liegen bei unserer Kanzlei und auf unserem Baubureau in Radolfzell an Werten auf und können auch gegen Einsendung von 20 Pf. in Briefmarken bezogen werden.  
Angebote sind — unter Benützung des Formulars — mit der Aufschrift „Angebot auf Herstellung der Gleis- und Bauarbeiten im Bahnhof Radolfzell“ bis längstens zur Eröffnungsterminzeit  
25. Mai, vormittags 10 Uhr  
bei unserem Baubureau in Radolfzell einzureichen.  
Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Konstanz, den 4. Mai 1907.  
Großh. Bauinspektion.

**Norddeutsch-Preussisch- und Rheinisch-Westfälisch-Südwestdeutscher Seehafen-Ausnahmetarif.**  
Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1907 werden Apfelsinen (Orangen und Mandarinen) in die Klasse 2a des Seehafen-Ausnahmetarifs aufgenommen. 3.260.  
Karlsruhe, den 7. Mai 1907.  
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

**Rhein-Main-Umschlagstarif zwischen Oesterreich u. Belgien-Holland.**  
Mit Gültigkeit vom 15. Mai 1907 wird für die Beförderung von Abfallstoffen zwischen Badlabrad und Mannheim, sowie Mannheim = Indstriehafen ein Ausnahmetarif eingeführt. 3.230.  
Karlsruhe, den 6. Mai 1907.  
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

**Mitteilung des Großh. Statistischen Landesamts**  
Monatliche Durchschnittspreise von Hafer, Stroh und Heu für den Monat April 1907.

Orte.	100 Kilogramm		
	Hafer	Stroh (Kroggen)	Heu
<b>1. Mittlere Monatspreise.</b>			
Konstanz	—	7	7 08
Meßkirch	19 18	—	—
Stodach	—	6	6 20
Willingen	19 45	—	6 58
Freiburg	19 44	7	8
Offenburg	—	6	7
Rastatt	—	6	7 10
Bruchsal	—	5	6 90
Karlsruhe	—	6	7 50
Mannheim	19 50	6	7 25
Mosbach	—	17	6 50
Wertheim	16 67	—	—

**2. Monatliche Durchschnittspreise der höchsten Tagespreise (ohne Zuschlag).**  
Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Orte.	M. Pf.		
	Hafer	Stroh	Heu
Konstanz	—	7 20	7 25
Meßkirch	19 35	—	—
Stodach	—	6 40	6 40
Willingen	20 40	—	6 58
Freiburg	19 88	7	8
Offenburg	—	6 80	7
Rastatt	—	6 30	7 20
Bruchsal	—	6	7
Karlsruhe	—	6 50	7 50
Mannheim	19 90	6	8
Mosbach	—	17 50	6 50
Wertheim	18 50	—	—

mit  
mit  
ob  
Sch  
6  
1  
3  
G  
Se  
den  
G  
A  
gei  
die  
1/2  
kin  
G  
fio  
Eng  
Hil  
Kon  
Nab  
Ein  
Me  
Fiu  
Sto  
Neb  
Ma  
Bil  
Bor  
Kon  
Fre  
Sta  
Kar  
Mü  
Kü  
Lah  
Dff  
Bo  
Bri  
Du  
Kar  
Ma  
Gei  
Bo  
Mo  
Be  
D  
N  
Die  
tum  
am  
1  
bei  
not  
tra  
to  
fo  
St  
lu  
bet  
Ge  
De